

## SHORT NEWS

## Kein Bock mehr auf Hindukusch

Das Interesse an Afghanistan schwindet - bei der „internationalen Gemeinschaft“ wie bei der europäischen Bevölkerung. Nach zehn Jahren Krieg und über 100.000 Toten ist kein gutes Ende in Sicht, keines der wechselnden Ziele des Militäreinsatzes wird erreicht. Von Demokratie wagt niemand mehr zu sprechen, die Taliban sollen nicht besiegt, sondern an der Macht beteiligt werden - „Stabilität“ ist das Einzige, was noch zählt. Um wenigstens diese annähernd zu erreichen, trafen sich zur Afghanistan-Konferenz in Bonn Vertreter aus rund 85 Staaten einschließlich Politprominenz. Noch einmal konnte sich die ehemalige Hauptstadt der BRD im Glanz vergangener Tage sonnen, ebenso wie die Friedensbewegung, die mit der niederländischen Band „Bots“ zur Antikriegskundgebung den alten Hauptact der 80er-Jahre-Demos reaktivierte. Gering waren die Erwartungen an die Abschlusserklärung, zu euphorisch die Schätzungen der Gegner. Statt der erwarteten 6.000 Teilnehmer kamen maximal 3.000 - ein Potpourri an linken Gruppierungen, kaum jemand aus dem bürgerlichen Milieu. Die Zielmarke des Truppenabzugs bis 2014 wurde aufgegeben. Stattdessen ist von einem langfristigen „Engagement“ in der Region bis 2024 und weiteren Entwicklungshilfeldern die Rede. Über die Höhe wird im nächsten Jahr auf einem speziellen Wiederaufbaupfahl in Tokio beraten.

## Krecké auf dem Holding-Auge blind

Menschenrechtsverletzungen in Kambodscha durch eine an der Luxemburger Börse eingetragene Firma? Auf diese, bereits in der woxx 1019 aufgegriffenen Vorwürfe, antwortete Noch-Wirtschaftsminister Jeannot Krecké im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage. Zum einen habe die Muttergesellschaft Socfin die Anschuldigungen seitens der Fédération internationale des Droits de l'Homme (FIDH) demontiert, und aus der Ferne sei es „schwierig, die Fakten zu beurteilen“. Zum anderen handle es sich bei der luxemburgischen Gesellschaft um eine „Holding“, deren Tochterfirmen den jeweiligen ausländischen Gesetzgebungen unterliegen. Der Minister erinnert an die OECD-Vorgaben zur sozialen und ökologischen Verantwortung von multinationalen Konzernen. Diese seien allerdings „nicht bindend“ und ihre Umsetzung sollte wohl am besten von der OECD selber vorangebracht werden. Eins will das Ministerium immerhin tun: diese nicht bindenden Vorgaben online setzen!

woxx@home

## Der doppelte Thein

Ein Artikel über Rechtsextremismus hat nicht immer die angenehmsten Konsequenzen. Und so wurde auch die woxx-Redaktion von beleidigenden Anrufen und Anfeindungen heimgesucht. Wir hatten zwar mit einigem gerechnet, aber nicht mit der doppelten Antwort des Joe Thein. Das ging so: Während der Recherche wurde natürlich auch der im braunen Verdacht stehende Petinger ADR-Gemeinderat um ein Statement gebeten. Um auf Nummer sicher zu gehen, wurden alle auf Joe Thein lautenden Mailadressen angeschrieben, nämlich zwei. Es gab auch zwei Antworten: Die des ADR-Originals, das erwartungsgemäß seine Chance auf Klärung der Vorwürfe nicht ergriff und sich lieber LuxPrivat anvertraut, und die eines genervten Schülers, der das große Unglück hat, denselben Namen wie der Petinger Jungbursche zu tragen und auch noch im selben Kaff wohnt. Wir waren nicht die ersten die ihn auf seinen angeblichen Rechtsextremismus ansprachen. Dabei hat er auch noch dreifaches Pech, denn sein Bruder trägt auch den gleichen Vornamen wie der Bruder des Original-Theins. Und auch er hat keine Lust mehr sich durch die Homonymie angreifen zu lassen. Wir merken uns also für die Zukunft: Nicht jeder Thein ist eine Pein.

## AKTUELL

PIRATENPARTEI

## Nicht partytauglich

Danièle Weber

**Die Luxemburger Piraten mussten auf der Studifaire draußen bleiben. Hätten sie eine Jugendsektion und wären Mitglied des Dachverbands, wäre das nicht passiert. So die Erklärung des Ministers. Der Verband redet von Zensur.**



Wer ein Fest organisiert, darf meist auch bestimmen, wer eingeladen wird. Dies hatten sich wohl das Hochschulministerium und sein Dokumentationszentrum CEDIES zu Herzen genommen, als sie in diesem Herbst der Piratenpartei Luxemburgs auf der „Foire de l'étudiant“ erneut die Teilnahme verweigerten. Als Begründung gab der CEDIES per E-Mail an, auf besagter Foire seien nur Parteien zugelassen, die auch in der Chamber vertreten sind. Die Piraten, ihrem Motto treu, forderten Transparenz und fragten nach dem offiziellen Reglement, in dem solche Zulassungskriterien für jedermann nachvollziehbar festgehalten sind. Diese Anfrage blieb bislang unbeantwortet.

Dasselbe Schicksal erlitt der erste Teil einer parlamentarischen Nachfrage eines grünen Abgeordneten in dieser Sache. Gibt es eine Regel, wonach sich eine Partei durch ihre Präsenz in der Chamber als Aussteller auf der Studentenfoire qualifiziert? wollte Claude Adam vom Hochschulminister wissen. François Biltgen jedoch überlas diesen Teil der Anfrage und gab stattdessen nicht angefragte Auskünfte über Sinn und Zweck der Veranstaltung. Ziel sei es, den Studierenden eine breite Palette von öffentlichen Institutionen rund ums Studium ebenso wie Akteure der Arbeitswelt vorzustellen. Die Aussteller würden gemäß dieser Zielsetzung ausgesucht.

## CGJL weist Rausschmeißer-Rolle zurück

Da dem Minister offensichtlich die Erklärung des CEDIES missfiel, brachte er in Bezug auf den verwehrten Zugang für die Piraten neue, unerwartete Argumente ins Spiel: Seit einigen Jahren seien die Jugendsektionen der Parteien auf der Foire präsent, so Biltgen, und diese seien allesamt Mitglied der „Confédération Générale de la Jeunesse Luxembourgeoise“ (CGJL), „et en tant que telles elles concourent à la sensibilisation et à la formation politique des jeunes“. Da die Piratenpartei jedoch über keine solche Sektion verfüge, die Mitglied der CGJL

ist, sei eine Teilnahme an der Messe nicht möglich. Er wolle aber mit der Organisation über die Teilnahme der Jugendsektionen der Parteien auf der Foire diskutieren.

Doch der Kniff, sich bei der Ausladung unerwünschter Gäste auf einen ahnungslosen Dritten zu berufen, erspart Unannehmlichkeiten in der Regel nur dann, wenn dieser Dritte nie davon erfährt. Der CGJL reagierte jedoch eher verdutzt auf die Rolle, die ihm das ministerielle Schreiben zuweist. Man sei nicht kompetent, über die Verteilung der Stände auf der Studifaire zu urteilen, teilte die Dachorganisation der Jugendverbände dem Hochschulminister diese Woche in einem Brief mit. Es sei überdies nicht angebracht, die Teilnahme an der Foire an die Vertretung in der Chamber oder an die Mitgliedschaft in irgendeinem Verband zu knüpfen. Jede Einschränkung von Informationen, die für Jugendliche wichtig seien auf ihrem Weg, sich eine eigene Meinung zu bilden und Initiativen zu ergreifen, sei nichts anderes als eine Form von Zensur.

Wer entscheidet nun also über die Teilnahme an der Studifaire? Tatsache sei, dass sich die Erklärung des Ministers und die des CEDIES widersprechen, stellte Piraten-Präsident Sven Clement Ende November in einem RTL-Interview fest: „Wir haben den Fall jetzt dem Ombudsmann übergeben, und warten ab, bis aufgeklärt wurde, wer uns nun belogen hat.“ Ob die Piratenpartei rechtzeitig vor der nächsten Studifaire eine Jugendsektion gründet, ist noch unklar. Diese wäre dann möglicherweise größer als die Mutterpartei. Immerhin bringen die rund 200 Mitglieder laut Sven Clement derzeit gerade mal ein Durchschnittsalter von 32 Jahren auf, 50 Prozent der Piraten sind jünger als 26 Jahre alt. Möglicherweise arbeitet man im Ministerium gerade daran, einen bislang nicht vorhandenen Kriterienkatalog für Aussteller der Studifaire aufzustellen. Der woxx, die seit Jahren auf diesem Fest präsent ist, wurde ein solcher bislang nicht vorgelegt.